



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld

**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bearbeitet von

Bundesgesellschaft für
Endlagerung mbH
Am Walde 2

38319 Remlingen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
[REDACTED], 09.03.2018
[REDACTED], 08.06.2018

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
L67162/01-14_10/2018-0005

Durchwahl (0 53 23) 9612 [REDACTED]

Clausthal-Zellerfeld
18.07.2018

E-Mail
[REDACTED]

**Sonderbetriebsplan Nr. 6/2016
„Externe Verwendung und Verwertung von Zutrittslösung“ (Bereinigter Antrag)**

Zechenbuch-Nr. W 5010.1.14.1

**hier: 1. Ergänzung betr. die externe Verwendung und Verwertung von Zutrittslösung im
Kalibergwerk Bergmannsseggen-Hugo der K+S AG (Revision 02)**

**Bez.: Zulassung des im Betreff genannten Sonderbetriebsplanes Nr. 6/2016 vom
14.11.2016
(G.-Nr.: L 1.3/L67162/01-14_10/2016- 0002/018)**

Anlage

Die gemäß o.g. Schreiben vorgelegte erste Ergänzung zum Sonderbetriebsplan Nr. 6/2016 wird gemäß der §§ 55/56 des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 6, Abs. 4 des Gesetzes vom 01. Juni 2017 (BGBl. I, S. 1396), zugelassen.

Dienstgebäude
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

Telefon
(0 53 23) 9612 200
Telefax
(0 53 23) 9612-
E-Mail
Poststelle.CLZ@lbeg.niedersachsen.de
Internet
<http://www.lbeg.niedersachsen.de>

Bankverbindung
Nord/LB
IBAN: DE 84 2505 0000 0106 0223 95
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H XXX

Steuernummer
Steuernummer beim Finanzamt Hannover Nord:
25/202/29467
USt. – ID – Nummer:
DE 811289769

Die Zulassung ergeht unter folgenden Nebenbestimmungen und Hinweisen:

Nebenbestimmungen:

1. Der Betriebsplan ist entsprechend den in den Antragsunterlagen getroffenen Festlegungen auszuführen. Änderungen im Verfahren oder Betriebsablauf sind dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) rechtzeitig mitzuteilen. Auf Anforderung sind entsprechende Betriebsplanergänzungen zur Zulassung vorzulegen.
2. Beginn und Ende der Anlieferungskampagnen sind dem LBEG unter der E-Mailadresse Poststelle@lbeg.niedersachsen.de sowie der Stadt Sehnde/Stadt Lehrte rechtzeitig anzuzeigen.

Hinweise:

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) behält sich vor, weitere Nebenbestimmungen festzusetzen, sofern sich dies aus § 56 Abs. 1 BBergG ergibt.

Diese Zulassung ersetzt nicht etwaige nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen etc.

Dieser Betriebsplan und die Zulassung sind den zuständigen verantwortlichen Personen, gemäß § 61 Abs. 2 Satz 2 BBergG, in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

Mit dieser Ergänzung zum Sonderbetriebsplan Nr. 6/2016 vom 14.11.2016 (Az.-Nr. L 1.3/67162/01-14_10/2016-0002/018) wird die externe Verwertung von gemäß § 29 Strahlenschutzverordnung freigegebenen salzhaltigen Lösungen aus dem Bergwerk Asse beantragt.

Gemäß freiwilliger Selbstverpflichtung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wird diese aus der Südflanke der Salzstruktur dem Grubengebäude zutretende Lösung nur dann abgegeben, wenn die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung für Tritium von 100 Bq/l und für Caesium 137 von 10 Bq/l eingehalten werden.

Vor jedem einzelnen Abtransport der Salzlösungen werden diese freigemessen, d. h. die Aktivitätskonzentrationen der Lösungen ermittelt und damit die Einhaltung der vorgenannten Grenzwerte nachgewiesen und dies sowie die chemische Zusammensetzung der jeweiligen Zutrittscharge dokumentiert. Der Transport erfolgt in geeigneten Transportmitteln (LKW, Tanklastwagen, Kesselwagen o. ä.). Jeder Transportbehälter wird verplombt. Die wesentlichen Daten werden auf einem Begleitformular (Musterformular als Anhang 1 zur Ergänzung zum Sonderbetriebsplan) festgehalten, wodurch der Weg der Salzlösungen lückenlos von der abgebenden BGE, über den Beförderer bis zum Verwerter K+S Bergwerk Bergmannsseggen-Hugo verfolgt werden kann.

Gebührenfestsetzung:

Für diese Zulassung wird gemäß laufender Nr. 15.2.2.5 des Kostentarifs der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) vom 05. Juni 1997 (Nds. GVBl. S. 171; 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Januar 2018 (Nds. GVBl. S. 5), eine Gebühr von 1.560,- € erhoben.

Eine Gebührenrechnung ist beigelegt.

Eine Ausfertigung Ihres Betriebsplanantrags ist als Anlage wieder beigelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Braunschweig einzureichen.

Im Auftrag

██████████